

Frauen sind in vielerlei Hinsicht vom Bergbau betroffen: als Arbeiterinnen in den Minen oder als Anwohnerinnen in den Abbaugebieten. Zum einen sind weibliche Bergarbeiterinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen strukturell und rechtlich benachteiligt. Zum anderen werden die Rechte von Frauen und Mädchen in vielen Bergbauregionen in besonderem Ausmaß verletzt.

WELCHE RECHTE VON FRAUEN IM BERGBAU SIND BESONDERS GEFÄHRDET?

2018 war es Frauen in 65 Ländern untersagt, im Bergbau zu arbeiten. Auch wenn sie die formale Erlaubnis haben, sind sie mit ca. 5 bis 10% im industriellen Bergbau extrem unterrepräsentiert, insbesondere auf Managementebene. Meistens arbeiten sie informell in den Minen und üben Nebentätigkeiten aus, für die sie nur geringfügig entlohnt werden. Dadurch werden Arbeitsrechte wie geregelte Arbeitszeiten oder bezahlte Krankheitstage oft nicht eingehalten.

Frauen als das reproduktive Geschlecht sind im Bergbau gegenüber Männern besonders benachteiligt. Durch die ohnehin gefährlichen Arbeitsbedingungen und gesundheitlichen Belastungen wie das Einatmen von Feinstaub und die Berührung mit toxischen Materialien bei häufig nicht vorhandener Schutzkleidung sind sie hohen Risiken in Bezug auf ihre Sicherheit und ihre reproduktive Gesundheit ausgesetzt. Im informellen Kleinbergbau haben Frauen zudem keinerlei Anspruch auf bezahlten Mutterschutz. Durch den finanziellen Druck müssen sie in vielen Fällen weiterarbeiten.

VOR WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN STEHEN FRAUEN IM KLEINBERGBAU?

Kleinschürferinnen machen etwa ein Drittel der weltweit über 41 Millionen Beschäftigten im informellen Kleinbergbau aus. Im Vergleich zum industriellen Bergbau haben es Kleinschürferinnen besonders schwer. Am Anfang ihrer Tätigkeit werden Frauen aufgrund ihres Geschlechts oft benachteiligt und stehen vor spezifischen Herausforderungen, etwa wenn es um die Organisation in Kooperativen oder um die Formalisierung und Finanzierung des Minenbetriebs geht. Außerdem sind Kleinschürferinnen dem Preisdruck besonders ausgesetzt. Sie sind von Zwischenhändler*innen abhängig und finden im Vergleich zum industriellen Bergbau schwerer Abnehmer*innen.

WAS BEDEUTET BERGBAU FÜR FRAUEN IN DEN ABBAUGEBIETEN?

In vielen Bergbauregionen weltweit dominieren patriarchale Strukturen.

Frauen werden in ihren Gemeinden oft nicht in die Konsultations- und Entscheidungsprozesse rund um den Bergbau eingebunden. Dadurch haben sie wenig bis gar kein Mitspracherecht, wenn es um den Verkauf von Landkonzessionen an einen Bergbaukonzern geht und sind oft von Entschädigungen ausgeschlossen.

Außerdem profitieren sie meist weniger als Männer von den positiven Nebeneffekten des Bergbaus wie z. B. mehr Arbeitsplätzen und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort.

In vielen Abbaugebieten zeigen sich in unmittelbarer Umgebung der Mine die negativen Auswirkungen auf die Umwelt in Form von Wasserknappheit sowie Verschmutzung der Böden und Gewässer durch Schwermetalle. Um beispielsweise die Wasserversorgung der Gemeinschaften weiterhin gewährleisten zu können, müssen Frauen häufig längere Wege auf sich nehmen. Insbesondere im Kontext von bewaffneten Konflikten in vielen Bergbauregionen bergen die weiteren Wege eine erhöhte Gefahr für Übergriffe und sexualisierte Gewalt.



Foto: Jean-Baptiste Fabouan/laif

WIE SIND SEXUALISIERTE GEWALT UND PROSTITUTION MIT BERGBAU VERKNÜPFT?

Frauen und Mädchen in Abbaugebieten, insbesondere indigene Frauen, sind vermehrt Opfer von geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt wie Vergewaltigungen. Damit geht ein hohes Risiko der Ansteckung an sexuell übertragbaren Krankheiten einher.¹ Mangels anderer Einkommensmöglichkeiten in den Abbaugebieten werden sie teilweise in die Prostitution getrieben. Gründe für diese geschlechtsspezifischen Risiken sind u. a. die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, die hauptsächlich männlichen Beschäftigten, der Einsatz von externen Arbeitskräften und ihr erhöhter Alkohol- und Drogenkonsum.

Im Fall von geschlechtsspezifischer Gewalt und Unterdrückung gibt es kaum Schutzmöglichkeiten für Frauen. Ihr Zugang zu Rechtshilfe und Justiz wird u. a. durch Faktoren wie Analphabetismus, fehlende finanzielle Mittel, Doppelbelastung durch Sorgearbeit oder bürokratische Hürden sowie fehlende staatliche Strukturen eingeschränkt.

WELCHEN PREIS ZAHLEN FRAUEN FÜR IHREN WIDERSTAND GEGEN BERGBAUPROJEKTE?

Proteste im Rohstoffsektor enden oft tödlich. 2019 wurden 50 Aktivist*innen, die sich gegen Bergbauprojekte einsetzten, ermordet - teilweise im Auftrag von den Unternehmen selbst.² Häufig sind es Frauen, die sich für ihre Gemeinschaften, ihre

Umwelt und ihr Land einsetzen und dabei einen höheren Preis als männliche Aktivisten zahlen. Denn in ihrem Engagement sind sie geschlechtsspezifischen Risiken ausgesetzt. Sie werden diskriminiert, kriminalisiert, erleben (sexualisierte) Gewalt oder werden sogar ermordet. Außerdem sind sie, oder ihre Angehörigen, geschlechtsspezifischen Drohungen und Verleumdungskampagnen ausgesetzt.

WELCHE LÖSUNGSANSÄTZE FÜR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IM BERGBAU GIBT ES?

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat 2019 ein gemeinsames Statement mit der Multistakeholder Initiative Women's Rights and Mining (WRM) zur Implementierung von gendergerechter Sorgfalt und der Garantie von Frauenrechten in Rohstofflieferketten herausgegeben. Die Bundesregierung beteiligt sich indirekt durch die GIZ an der WRM und fördert die gemeinsam erarbeiteten Women's Empowerment Principles, doch ihre Umsetzung steht erst am Anfang.³

2019 wurde ein UN-Leitfaden herausgebracht, der die Gender-Dimension der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufzeigt. Staaten werden dazu angehalten, ein Gender-Kapitel in ihren Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) zu integrieren und genderspezifische Leitlinien für unternehmerische Sorgfaltspflichten zu entwickeln. Konkrete Umsetzungsvorschläge für gesetzliche Regulierungen kommen u. a. vom transnationalen Bündnis Feminists for Binding Treaty, ActionAid⁴ und der deutschen Zivilgesellschaft. Sie fordern Staaten dazu auf, Unternehmen zu Geschlechtergerechtigkeit in ihren Lieferketten zu verpflichten, u. a. durch geschlechtergerechte Risikoanalysen und Maßnahmen sowie diskriminierungsarme Beschwerde-mechanismen. Damit Frauen sich auch wirklich gegen Diskriminierung wehren können, sollte der jeweilige Staat zudem einen sicheren Raum für Menschenrechtsverteidigerinnen schaffen und den Zugang von Frauen zu Gerichten und damit zur Entschädigung erleichtern.

WAS MACHT INKOTA?

Wir begleiten rohstoffpolitische Prozesse im kritischen Dialog mit Politik und Wirtschaft und informieren in öffentlichen Veranstaltungen über Hintergründe der internationalen Rohstoffpolitik. Wir machen uns stark für die verbindliche Verankerung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten durch Unternehmen mit der Querschnittsaufgabe Geschlechtergerechtigkeit. INKOTA ist Mitglied in der Initiative Lieferkettengesetz, welche sich für ein geschlechtergerechtes Lieferkettengesetz in Deutschland einsetzt. Gemeinsam mit der Partnerorganisation CARF engagieren wir uns

außerdem für faire Arbeitsbedingungen im Kobalt-Kleinbergbau in der Demokratischen Republik Kongo.

WAS KANNST DU TUN?

Lebensstil verändern: Wir alle sind täglich mit digitalen Geräten in Berührung. Die Lebensdauer von digitalen Geräten hat Einfluss auf unseren Rohstoffverbrauch. Nimm Reparaturangebote wahr und achte beim Technikkauf auf die Langlebigkeit und die Lieferkette Deines Gerätes.

Dich und andere informieren: Du kannst dich auf unserer Internetseite informieren und Informationsmaterial bestellen, verschenken und weiterleiten, unseren Newsletter abonnieren oder uns auf Facebook oder Twitter folgen.

Aktiv werden: Du kannst Kampagnen und Petitionen für eine faire und geschlechtergerechte Rohstoffpolitik unterstützen und bei Unternehmen nachhaken, wie sie den Schutz der Frauen- und Menschenrechte sowie der Umwelt in ihren globalen Lieferketten, d.h. beim Rohstoffabbau in ihrem Produktionsprozess, gewährleisten.

Politisches Engagement stärken: Werde INKOTA-Mitglied oder unterstütze unsere Arbeit regelmäßig - damit wir uns mit langem Atem für eine ressourcengerechte Welt einsetzen können. Mehr Infos unter:

www.inkota.de/mitmachen/foerdermitglied/

¹ Oxfam (2017): Position Paper on Gender Justice and the Extractive Industries

² Global Witness (2020): Defending tomorrow

³ United Nations Global Compact (2020): Women's Empowerment and Business: 2020 Trends and Opportunities.

⁴ ActionAid (March 2020): We mean business: protecting women's rights in global supply chains

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Webseite

www.inkota.de/ressourcengerechtigkeit

www.inkota.de/themen/wirtschaft-und-menschenrechte/initiative-lieferkettengesetz/

Materialien

INKOTA-Infoblatt Zukunftsfähige Rohstoffpolitik (2015):

<https://webshop.inkota.de/node/1530>

Südlink (2020): Gender & Gewalt: <https://webshop.inkota.de/node/1610>

12 Argumente für eine Rohstoffwende (2020):

<https://webshop.inkota.de/node/1623>

CorA-netz-Positionspapier (2020):

Geschlechtergerechtigkeit in globalen Lieferketten https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2020/07/2020-07_Geschlechtergerechtigkeit_in_globalen_Lieferketten.pdf

INKOTA-netzwerk e.V., Chrysanthemenstraße 1 - 3, 10407 Berlin

Telefon: 030 42 08 202-0

E-Mail: inkota@inkota.de, www.inkota.de

Spendenkonto: KD-Bank, IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10, BIC: GENODED1DKD

Spendenstichwort: Rohstoffe

Autorinnen: Lara Louisa Siever, Ronja Fink, Arbeitsbereich Ressourcengerechtigkeit, Tel. 0351 438 378 88,

E-Mail: buero-dresden@inkota.de, INKOTA Regionalstelle Sachsen, Kreuzstr. 7, 01067 Dresden

Gefördert durch Brot für die Welt aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes, der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit des Landes Berlin sowie durch Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für den Inhalt dieser Publikation ist allein INKOTA verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Zuwendungsgeber wieder.

